

Die große österreichische Lyrikerin und Erzählerin Ingeborg Bachmann hat 1959 im Rahmen ihrer Frankfurter Poetik-Vorlesungen den Weg der Literatur folgendermaßen skizziert. Sie bemerkte damals: „Religiöse und metaphysische Konflikte [die einst den Gegenstand von Literatur bildeten] sind abgelöst worden durch soziale, mitmenschliche und politische.“ Und: „Die Kunst ist schon so viele Male umgezogen, vom Gotteshaus [der Barockzeit] ins Haus der Ideale [zur Zeit der Klassik], vom *house beautiful* [der Romantik] auf das *bateau ivre* [der Décadence], und dann in die Gossen [des Naturalismus], in die nackte Wirklichkeit, wie man sagte, und dann wieder in das Haus Traum [der Zeit um 1900] und in die [ästhetizistischen] Tempel mit hängenden Gärten, und wieder fort in die pseudomystische Stickluft von Blut und Boden [während des „Dritten Reiches“], und weiter in das Haus Humanität und in das Haus Politik [zu Beginn der Nachkriegszeit und mithin der Bundesrepublik].“ Das ist natürlich sehr verkürzend und vereinfachend gesprochen, übergeht, dass Literatur auch schon in früheren Epochen politische Dimensionen hatte und immer wieder besondere politische Akzentuierungen erfuhr. Zugleich – und sehr zu Recht – macht diese Literaturgeschichte *in nuce* aber deutlich, dass die Politik für viele Autoren nach 1945 zum wichtigsten, zum entscheidenden Bezugspunkt der Literatur wurde: zu dem, den sie im Zentrum ihrer Aufgaben sah und an dem sich ihr Selbstwertgefühl be-

maß. Diese vielfach beschworene Ausrichtung auf die Politik als Aufgaben- und Bewährungsfeld macht es nun aber auch legitim, dass man die Literatur aus literaturhistorischer Perspektive auch einmal unter politischen Aspekten mustert und dass man nach ihren politischen Effekten fragt.

In keiner Periode der deutschen Geschichte vor der Bundesrepublik hatte die Literatur einen vergleichbar großen Einfluss auf die Entwicklung der basalen politischen Kultur wie der ephemeren politischen Stimmungen.

Das wird unmittelbar evident, wenn man sich vor Augen hält, in welchem Ausmaß ein Heinrich Böll, ein Günter Grass, ein Martin Walser sich zu Grundfragen der politischen Kultur oder zu tagespolitischen Themen äußerten, wie stark die Resonanz und wie hoch – von Walser abgesehen – die Akzeptanz war, die diese und einige andere Autoren mit ihren politischen Stellungnahmen fanden beziehungsweise finden. Dergleichen gab es vorher in Deutschland nicht. Gewiss war Goethe Minister – aber in einem Duodezstaat von der Größe eines Landkreises. Gewiss saßen in der Frankfurter Nationalversammlung 1848/49 mehrere Literaten – aber bekanntlich hatten die Beratungen und Beschlüsse der Paulskirche keine nachhaltige politische Wirkung. Gewiss traten in der Weimarer Republik Thomas und Heinrich Mann eindrucksvoll als politische Redner in Erscheinung – aber sie stießen mit ihren Plädoyers für die Republik auf heftigen Widerspruch, und die

Zeit, in der sie politisch wirksam sein konnten, umfasste gerade einmal zwölf Jahre. Ganz anders in der Bundesrepublik: Seit mehr als fünfzig Jahren reden Schriftsteller in allen wichtigen politischen Debatten mit, und nicht selten haben sie den Ton angegeben: An der Spitze der Protestzüge gegen die Wiederbewaffnung, gegen die Notstandsgesetzgebung und gegen den NATO-Doppelbeschluss marschierten Schriftsteller; die Debatte über den Umgang mit der NS-Vergangenheit wurde bis zum Beginn des Historikerstreits 1985/86 weitgehend von Schriftstellern bestimmt. Der Debatte über Ludwig Erhards Konzept der „Sozialen Marktwirtschaft“ und zumal der „formierten Gesellschaft“ gab 1965 ein *Spiegel*-Artikel von Rolf Hochhuth die letzte – und für Erhard fatale – Brisanz, und in der Debatte um die Wiedervereinigung meldete sich Günter Grass mit Pamphleten von epischer Breite zu Wort und wurde gleichsam zum *rocher de bronze* der Wiedervereinigungsgegner.

Maßgebliche Impulse

Diese Breite und Intensität der literarischen Einmischungen in die politische Debatte verdankt sich einerseits einem unvergleichlichen geschichtlichen Impuls, andererseits einem ebenfalls unvergleichlichen Freiheitsrahmen. Beides kann hier nur stichwortartig benannt werden:

Der geschichtliche Impuls resultiert aus dem „Zivilisationsbruch“ der NS-Zeit und ist in der nach 1945 sich einstellenden Überzeugung zu sehen, dass Literatur – mit Jean Paul Sartres Formel von 1947 – *literature engagée* sein müsse: kämpferisch eintreten müsse für Demokratie, Bürgerfreiheit und Menschenrechte und kämpferisch sich wenden müsse nicht nur gegen Rassismus und Totalitarismus, sondern auch gegen mildere politische Restriktionen und gegen soziale Ungleichheit.

Der in der deutschen Geschichte unvergleichlich große Freiheitsrahmen wur-

de durch das Grundgesetz gegeben, das mit Artikel 5 Absatz 3 die Kunst wie die Wissenschaft politisch radikal freistellt, ja sogar von der „Treue zur Verfassung“ entbindet, an die sich – nach demselben Paragraphen – zwar die „Lehre“ zu halten hat, nicht aber die Kunst.

Diesen uneingeschränkten Freiheitsrahmen nutzten – dem erwähnten geschichtlichen Impuls folgend – vor allem jüngere Autoren mit einer Selbstverständlichkeit und Intensität, die für ältere Kollegen anmaßlich und beängstigend wirkte. Besonders schön zeigt sich dies am Beispiel von Ingeborg Bachmann, die bekanntlich aus Österreich stammte, aber in deutschen Verlagen publizierte und 1958 zusammen mit deutschen Autoren gegen eine damals erwogene atomare Bewaffnung der Bundeswehr protestierte. Als ein entsprechender Aufruf, den Bachmann mit unterschrieben hatte, erschienen war, meldete sich ihr Mentor Hans Weigel, ein durchaus politischer Kopf, mit einem offenen Brief zu Wort und schrieb seiner forschenden jungen Kollegin: „Sag einmal, Inge, was ist Dir [denn] da eingefallen? Bist Du ganz und gar von Gott verlassen, daß Du Deine Kompetenzen als Lyrikerin und als Österreicherin derart überschreitest?“ Weder sollte, wie Weigel meinte, eine Österreicherin sich in deutsche Angelegenheiten einmischen, noch eine Lyrikerin zur Politik sich äußern. Damit erwies sich Weigel freilich als ein Mann von gestern: Im nächsten Jahrzehnt – bis 68 – wurde die politische Einmischung vollends zur Pflicht, und eine fremde Staatsangehörigkeit wurde nicht als Hindernis betrachtet, viel eher als Empfehlung.

Gruppe 47

Die Hauptagentur einer staats- und regierungskritischen, zugleich aber demokratiefreundlichen Politisierung der Literatur war die 1947 gegründete und 1968 sozusagen emeritierte *Gruppe 47*. Mit ihr

wurde der politisch-literarische Avantgardismus, der in der Zeit vor 1945 eine starke Neigung zum totalitären Denken hatte, pluralismus- und demokratiekompatibel.

Politisches Medium

Um dies sehen und in seiner ganzen Tragweite für die politische Kultur verstehen und würdigen zu können, muss man einen Blick auf die geschichtliche Motivierung der *Gruppe 47* werfen. Ihr Gründer und Präzeptor, Hans Werner Richter, war zu Beginn der dreißiger Jahre Mitglied der Kommunistischen Partei geworden und hing der dort gepflegten Vorstellung an, dass Literatur ein Medium der politischen Arbeit sein müsse. „Literatur ist Waffe“, lautete die diesbezügliche Devise der KP und des „Bundes proletarisch-revolutionärer Schriftsteller“. Aber der totalitäre Terror, der Hitler-Stalin-Pakt, der Krieg und eine politische Belehrung in einem amerikanischen Kriegsgefangenenlager machten aus dem Kommunisten Richter einen sozialistisch und zugleich demokratisch eingestellten Publizisten. 1946 wurde Richter – zusammen mit Alfred Andersch – Herausgeber der damals weit verbreiteten Zeitschrift *Der Ruf*, und dieses Organ nutzte Richter, um – als überzeugter Sozialist – gegen die Beibehaltung des kapitalistischen Systems in den West-Zonen zu protestieren. Dies führte dazu, dass Richter und Andersch auf Betreiben der amerikanischen *Control Division* aus der Herausgeberschaft des *Rufs* entlassen wurden, und diese Erfahrung bewog Richter, vom Feld der scharf beobachteten politischen Publizistik auf das Feld der weniger kontrollierten literarischen Pädagogik zu wechseln. Damit begann der Aufstieg der politisch ambitionierten Literatur in West-Deutschland, wengleich dies auf eine verdeckte Weise geschah.

Denn Richters neues Instrument, die 1947 von ihm gegründete *Gruppe 47*, be-

kam den Anstrich einer rein literarischen Unternehmung, einer Autorenwerkstatt. Bei den halbjährlichen Treffen der *Gruppe 47* durfte in den Plenarveranstaltungen nur über die vorgetragenen Texte gesprochen werden, und auch dies nur unter sozusagen „handwerklichen“ Aspekten, nicht aber unter politischen. Und doch hieß das Ziel, das Richter mit der *Gruppe 47* verfolgte, ausweislich seiner eigenen brieflichen Erklärungen nicht etwa: Förderung der modernen Literatur, sondern: Bildung einer neuen politischen Elite mit sozialistischem Korpsgeist. Die Leitbegriffe der *Gruppe 47* waren denn auch vorrangig politische und nicht ästhetische, nämlich: Demokratie und Sozialismus. Und nicht umsonst bemerkte Richter auch einmal, die *Gruppe 47* arbeite nach dem Prinzip der geheimen „Logen“ des achtzehnten Jahrhunderts, die unter dem Deckmantel der Vernunft- und Humanitätsreligion den politischen Systemwechsel vorbereiteten. Das gilt – *mutatis mutandis* – auch für die *Gruppe 47*: Während tagsüber Literatur gemacht wurde, wurden nachts die Resolutionen und Aktionen ausgeheckt, mit denen dann zwar nicht die *Gruppe 47* als solche, wohl aber eine jeweils beachtliche Zahl von Mitgliedern an die Öffentlichkeit ging.

Zunehmende Demokratisierung

Literaturgeschichtlich gesehen, setzte sich darin die Tradition des literarisch-politischen Avantgardismus fort, der sich im zwanzigsten Jahrhundert mit den totalitären Bewegungen verbündete und selbst totalitäre Züge annahm; der italienische Futurismus und die kulturpolitischen Kampfbünde der Nationalsozialisten wie der Kommunisten exemplifizieren und bestätigen dies. Aber merkwürdigerweise – und glücklicherweise – entwand sich die *Gruppe 47* dieser totalitären Tradition.

1964 publizierte Walser in der *Zeit* einen Artikel, dessen Devise lautete: „Sozi-

alisieren wir die *Gruppe 47*“; und mit Sozialisierung war vor allem Demokratisierung gemeint. Dass dieser Artikel nötig, aber auch möglich war, ohne dass die Gruppe daran zerbrach oder Walser ausgeschlossen wurde, bestätigt die These, dass mit der *Gruppe 47* der tendenziell totalitäre literarisch-politische Avantgardismus pluralistische und demokratische Züge annahm. Für die politische Kultur der Bundesrepublik war dies von außerordentlicher Bedeutung. Bei aller Kritik an Staat und Regierungen ging von der westdeutschen Nachkriegsliteratur nie eine antidemokratische oder gar totalitäre Versuchung aus.

Die Modalitäten der literarischen Einmischung in die Politik lassen sich thesenartig so beschreiben: Das Verhältnis zur Politik ist nur *ein* Aspekt, unter dem Literatur zu betrachten ist; politische Einsicht und poetisches Vermögen können selbstverständlich weit auseinander treten. Die *Maßnahme* von Brecht und Eisler ist ihrer Gesinnung nach ein totalitäres Stück- und zugleich ein grandioses Kunstwerk.

Literatur spricht in der Regel nicht mit einer, sondern mit mehreren Stimmen. Das zeigte sich besonders deutlich in der Wiedervereinigungsdebatte, wo Martin Walser emphatisch für die Wiedervereinigung plädierte, Günter Grass nicht weniger emphatisch dagegen.

Unabdingbar ist tiefer Respekt vor der ihrerseits kritischen Grundeinstellung der modernen Literatur. Literatur ist – nicht erst seit dem Zeitalter der Aufklärung, aber seit dieser Zeit erst recht – ein Medium der kritischen Reflexion und der utopischen Ergänzung des Gegebenen. Dem verdankt die bürgerliche Gesellschaft insgesamt unendlich viel. Dies muss aber nicht blind dafür machen, dass Literatur selbstverständlich auch Wege geht, und das heißt: Dinge zeigt, Gefühle weckt, Meinungen in Umlauf bringt, die problematisch sind und nicht

unbedacht hingenommen werden sollten. Dies gilt auch im Hinblick auf das Verhältnis der Literatur zur Bundesrepublik.

Folgen des Nationalsozialismus

Die extrem staatskritische Einstellung der Literatur in der frühen Bundesrepublik war primär eine Folge der Erfahrung der NS-Zeit.

Das Idealbild des jüngeren deutschen Schriftstellers nach 1945 war nicht nur der engagierte Schriftsteller, der Kämpfer *für* etwas, sondern der widerständige Schriftsteller, der Kämpfer *gegen* etwas, vorzugsweise gegen alles, was mit Macht, Staatsräson, staatskonformem Handeln zu tun hatte und in irgendeiner Weise verdächtigt werden konnte, der Vorbereitung eines neuen Totalitarismus oder eines neuen Kriegs zu dienen. Eines der berühmtesten Gedichte von Ingeborg Bachmann, das am 3. November 1952 vom NWDR Hannover erstmals gesendet wurde, rühmt unter der Überschrift *Alle Tage* den täglich notwendigen Widerstand, indem es zunächst einmal feststellt, dass die Kriegs- oder Kampfzeit nicht vorbei ist, sondern nur einen anderen Charakter angenommen hat – und deswegen eine neue Art von Heldentum verlangt. Es lautet:

*Der Krieg wird nicht mehr erklärt,
sondern fortgesetzt. Das Unerhörte
ist alltäglich geworden. Der Held
bleibt den Kämpfen fern. Der Schwache
ist in die Feuerzone gerückt.
Die Uniform des Tages ist die Geduld,
die Auszeichnung der armselige Stern
der Hoffnung über dem Herzen.*

*Er wird verliehen,
wenn nichts mehr geschieht,
wenn das Trommelfeuer verstummt,
wenn der Feind unsichtbar geworden ist
und der Schatten ewiger Rüstung
den Himmel bedeckt.*

*Er wird verliehen
für die Flucht von den Fahnen,
für die Tapferkeit vor dem Freund,
für den Verrat unwürdiger Geheimnisse
und die Nichtachtung
jeglichen Befehls.*

Das ist nicht weniger als eine Umwertung der traditionellen politischen oder staatsbürgerlichen und zumal militärischen Verhaltenswerte: Rühmlich ist jetzt nicht mehr das staatskonforme Verhalten, sondern das staatskritische und widerständige, dem die Annahme zugrunde liegt, dass Geheimnisse per se schon unwürdig und Befehle allemal von Übel sind. Die geschichtliche und sozialpsychologische Voraussetzung dieses ostentativen Nonkonformismus liegen auf der Hand: Es ist die Erfahrung der NS-Herrschaft und der Wunsch, dergleichen nicht noch einmal aufkommen zu lassen. Und hinzu trat – auch bei den jüngeren, um 1927 geborenen Autoren schon – das Motiv des so genannten „nachholenden“ Widerstandes: Wozu man im Dritten Reich als „Pimpf“ oder „Mädel“ nicht in der Lage gewesen war, das wollte man jetzt nachholen – und hat es typischerweise übererfüllt. Zu spüren bekam dies die junge Bundesrepublik, die nun bald – in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, vermehrt in den sechziger Jahren – als „faschistoid“ bezeichnet wurde: als ein Staatswesen, das seiner Anlage, seinem Typus nach faschistisch war und in dem man keinen Augenblick vor einem Umschlagen des heimlichen, latenten Faschismus in den offenen, virulenten sicher sein konnte. Die Konsequenzen aus dieser Vorstellung, nämlich die Vorbereitung auf die Flucht, die Emigration, hat Hans Magnus Enzensberger 1957 mit einem Gedicht zum Hauptgegenstand des Lernens erhoben; es steht unter der Überschrift *Ins Lesebuch für die Oberstufe* und lautet:

*Lies keine Oden, mein Sohn,
lies Fahrpläne:
sie sind genauer. Roll die Seekarten auf,
eh es zu spät ist. Sei wachsam, sing nicht.
Der Tag kommt,
wo sie wieder Listen ans Tor
schlagen und malen den Neinsagern
auf die Brust
Zinken. Lern unerkant gehn,
lern mehr als ich:
das Viertel wechseln, den Paß,
das Gesicht.
Versteh dich auf den kleinen Verrat,
die tägliche schmutzige Rettung.
Nützlich
sind die Enzykliken zum Feueranzünden,
die Manifeste: Butter einzuwickeln
und Salz
für die Wehrlosen.
Wut und Geduld sind nötig,
in die Lungen der Macht zu blasen
den feinen tödlichen Staub, gemahlen
von denen, die viel gelernt haben,
die genau sind, von dir.*

Nicht nur im geschichtlichen Rückblick erscheint diese Einschätzung der Bundesrepublik als ein Land, in dem Freiheit und Rechtlichkeit in hohem Maße gefährdet sind, als wirklichkeitsfremd. 1957 wurde zum dritten Mal ein Bundestag gewählt, und aus Umfragen wurde ersichtlich, dass einerseits die Zustimmung zur demokratischen Verfassung des Staates und zur pluralistischen Einrichtung der Gesellschaft ebenso zugenommen hatte wie andererseits die positive Bewertung des „Dritten Reiches“ oder autoritärer Strukturen überhaupt abgenommen hatten. Allenthalben war nicht Einengung, sondern Ausbau demokratischer und pluralistischer Strukturen zu beobachten. So wurde 1957 das Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechtes erlassen, das für die freiheitliche Gestaltung weiblichen Lebens von großer Bedeutung war, und es trat das Gesetz

gegen Wettbewerbsbeschränkungen in Kraft, das einen Schutz gegen Kartelle oder Preisabsprachen darstellt und Pluralität auf dem Gütermarkt garantiert. Die Protestaktionen gegen die bereits vollzogene Wiederbewaffnung der Bundesrepublik hielten an und fanden in den Aktionen gegen eine in Erwägung gezogene atomare Bewaffnung der Bundeswehr eine noch höhere Intensität. Darin zeichnete sich ab, was man später als APO, als „außerparlamentarische Opposition“ bezeichnet hat; und wenn man diese, wie es manchmal geschah, als Produkt eines parlamentarischen Defizits bezeichnet, als Ersatz für eine kräftige parlamentarische Opposition, so ist sie zugleich aber auch ein Beweis dafür, dass man von autoritären oder gar totalitären Verhältnissen, in denen dergleichen nicht möglich gewesen wäre, weit entfernt war. Im Übrigen war 1957 auch das Jahr, in dem mit Martin Walsers Roman *Ehen in Philippsburg* eine Aufsehen erregende und bis heute bemerkenswerte literarische Reflexion der aktuellen bundesrepublikanischen Gesellschaft erschien, und auch aus ihr geht hervor, dass diese Gesellschaft, so negativ, so unsympathisch sie aufgrund ihrer Konsumorientierung und Permissivität wirkt, nicht auf dem Weg in autoritäre Strukturen war. Dass Enzensberger dies 1957 so ganz anders sah, beruht wohl auf einer historischen, aus der Erfahrung des „Dritten Reiches“ resultierenden Voreingenommenheit, die einer angemessenen Einschätzung der politischen Kultur der frühen Bundesrepublik im Wege stand.

Späte Annäherung

Zu einem positiven Verhältnis zur Bundesrepublik hat die Literatur, wenn überhaupt, sehr spät gefunden.

Vorwiegend war eine extrem kritische Haltung, die in den sechziger Jahren delegitimierende Züge annahm. Dafür seien zwei Indizien genannt:

Die Literatur hat wesentlich dazu beigetragen, dass die junge Bundesrepublik eine negative Gründungslegende erhielt, indem sie mit dem Vorwurf belegt wurde, sie sei das Produkt einer „restaurativen“ – und damit war auch gemeint: faschismusträchtigen – Politik. Dieser Vorwurf wurde erstmals von Hans Werner Richter erhoben, und in der Literatur der *Gruppe 47* ist er ein zentrales Motiv. Sachlich, so hat die gesellschaftsgeschichtliche und politikwissenschaftliche Forschung in den letzten beiden Jahrzehnten deutlich gemacht, ist dieser Vorwurf völlig verfehlt: Die Gründungsphase der Bundesrepublik war nicht durch eine restaurative Politik bestimmt, sondern durch eine extrem innovative, antitraditionalistische und dynamische, auch wenn es Traditionsbestände gab, die nicht mehr haltbar waren.

Was Richter – und bald darauf auch andere – dazu bewogen hatte, die frühe, noch kaum gegründete Bundesrepublik als restaurativ zu bezeichnen, war vor allem der Umstand, dass es keine Sozialisierung gab, und dieses vermeintliche Manko produzierte im Verlauf der fünfziger und sechziger Jahre eine auf Delegitimierung zielende Fundamentalkritik an der Bundesrepublik. Hans Magnus Enzensberger befand 1968 in einem weltweit verbreiteten Artikel, das restaurative System Bundesrepublik sei durch keine Reform mehr zu retten, sondern müsse durch einen revolutionären Akt beseitigt werden; sein Schriftstellerkollege Rolf Dieter Brinkmann gab mit seinem Roman *Keiner weiß mehr* im selben Jahr zu verstehen, dass die Bundesrepublik am ehesten noch eine total ausradierende Bombe verdient habe.

Man muss diesen frivolen Vernichtungswunsch, der so tut, als wäre eine Massenvernichtung ein Vorgang wie etwa das Ausschalten der Saalbeleuchtung, nicht wörtlich nehmen (man hat es schließlich mit Literatur zu tun), sondern als ex-

tremen literarisch-rhetorischen Ausdruck eines subjektiven fundamentalen Unbehagens in der Gesellschaft der ausgehenden sechziger Jahre verstehen. Aber damit ist er nur zum Teil salviert. Denn nicht für jedes subjektive Missbefinden oder Unbehagen ist die Gesellschaft verantwortlich, und Brinkmanns Urteil über die anscheinend mediokre und nur hemmende bundesrepublikanische Gesellschaft verliert an Repräsentativität, wenn man liest, was Peter Handke, der in eben diesen sechziger Jahren in der Bundesrepublik zum viel beachteten Autor wurde, 1985 in einer bilanzierenden Notiz seiner *Geschichte des Bleistifts* festhielt:

„Ich verdanke meiner Epoche viel. Ohne sie würde ich wohl nicht mehr leben: sie läßt mich das tun, was ich kann, und was nur ich kann; und ich will denen, die für den Fortschritt gearbeitet haben, welcher es jemandem wie mir erst ermöglichte, aus der Milieubeschränkung herauszukommen, mit meinen Taten dankbar sein.“

So Peter Handke. Man muss allerdings lange lesen, bis man eine derartige Stelle findet. Im Verhältnis der Literatur zur politischen Kultur der Bundesrepublik und zu wichtigen politischen Entscheidungen überwog die Fundamentalkritik, die oft hypertrophe Formen annahm. In der umfassenden *Geschichte des geteilten Deutschland*, die Peter Graf Kielmannsegg im Jahr 2000 vorgelegt hat, ist nachzulesen, was den bundesrepublikanischen Schriftstellern (und Intellektuellen) einfiel, wenn sie Themen wie den Radikalenerlass, die Kernkraft und die Nachrüstung (aufgrund des NATO-Doppelbeschlusses) zu sprechen kamen: „Verbrechen, Wahnsinn, Schwachsinn“ – und dann heißt es: „Die[se] Sprache signalisiert mehr als die emphatische Absage an eine bestimmte Politik. Sie sagt, daß mit den Politikern nicht einmal mehr ein Streitgespräch möglich sei, sondern eben nur noch ‚Widerstand‘ gegen sie. Die[se] Worte sind wie

Ausrufungszeichen, hinter eine lange Geschichte des Nicht-Verstehens, der Antipathie, ja der Feindseligkeit gesetzt. Die westdeutsche Nachkriegsdemokratie und ihre literarischen Kritiker sind einander durch wechselnde Konstellationen hindurch ganz und gar fremd geblieben.“

Umkehrung der Machtverhältnisse

Dieser Befund ist durch die Beobachtung zu ergänzen, dass es im Verhältnis von Literatur und Politik zu einer paradox wirkenden Verkehrung der Machtverhältnisse kam und dass die Politik im Konfliktfall sich alsbald in der schlechteren Position fand.

In der Geschichte der Bundesrepublik gibt es vier Fälle, in denen namhafte Politiker einen Schriftsteller direkt angriffen. So hat Ludwig Erhard 1965 nach Hochhuths Kritik an Erhards Wirtschafts- und Sozialpolitik gesagt, mit solch unverständigen Einwänden, wie Hochhuth sie vorgebracht habe, mache sich der Intellektuelle zum „Pinscher“ – und das löste einen Sturm der Entrüstung aus, wurde als Anschlag auf die Menschenwürde und als Rückfall in finstere Zeiten des Intellektuellenhasses bezeichnet. Willy Brandt sagte dazu der *Bild*-Zeitung, er halte Hochhuths Ausführungen für „irrig“, meine aber auch, dass es nicht richtig sei, Hochhuth so abzukanzeln, wie Erhard dies getan habe, denn Hochhuths Kritik sei ein insgesamt bedenkenswerter „Beitrag zum Thema arm und reich“.

Im Gedächtnis aber blieb (und in den Literaturgeschichten steht bis heute), dass sich Erhard eine böartige Entgleisung geleistet habe, die aber mehr gewesen sei als nur ein einmaliger verbaler Ausrutscher: ein Symptom für den grundsätzlichen Anti-Intellektualismus der regierenden CDU-Politiker. Umgekehrt ist es aber völlig selbstverständlich, dass Politikern von Schriftstellern „Schwachsinn“ und Schlimmeres vorgeworfen wird, ohne dass sich die Öffentlichkeit sonderlich da-

rüber erregt und den Sprachgebrauch der Schriftsteller der Kritik unterzieht.

Welche Überlegenheit die Literatur in der Auseinandersetzung mit der Politik gewonnen hat, zeigt der Fall des ehemaligen baden-württembergischen Ministerpräsidenten Hans Filbinger: 1978 wurde Filbinger von Hochhuth bezichtigt, gegen Ende des Zweiten Weltkrieges als Marinestabsrichter in besonders blutrünstiger Weise Todesurteile gegen abtrünnige oder widerständische Soldaten verhängt zu haben; er sei ein veritabler „Blut-“ oder „Mordrichter“ gewesen, so lautete der Vorwurf in formelhafter Verdichtung. Konfrontiert mit diesen Vorwürfen, die bald aus allen Medien tönten, wurde Filbinger kopflos, hat sich ungeschickt verteidigt und musste das Amt des Ministerpräsidenten abgeben. Inzwischen sind mehrere Untersuchungen des „Falles“ Filbinger erschienen, und sie zeigen, dass Hochhuths Darstellung des Verhaltens des Marinerichters Filbinger in hohem Maß denunziatorisch war. Heute steht fest, dass durch Filbinger kein Soldat zu Tode kam (zusammenfassend Gillessen in *Die Politische Meinung* 408/November 2003). Kurz: Die genauere Untersuchung des Falles Filbinger zeigt, dass Hochhuths Vorwürfe hemmungslos überzogen und denunziatorisch waren. Aber nicht nur 1978 wog das Wort des Schriftstellers sehr viel schwerer als das des Ministerpräsidenten; auch heute noch, nachdem die Fakten längst bekannt und Hochhuths Verzerrungen offensichtlich sind, ist Filbinger geächtet. Angriffen, die im Namen einer hohen, wenn auch praxisfernen Moral geführt werden, ist schwer zu begegnen, und selbst im Fall einer guten Verteidigung ist der Schaden, der gemäß dem Wort, dass immer etwas hängen bleibt, allein schon aus dem bloßen Angriff erwächst, für einen Politiker groß und unter Umständen irreparabel.

Zur Asymmetrie des Macht- oder Betroffenheitsverhältnisses gehört auch,

dass Schriftsteller für ihre Äußerungen über Politiker oder zu Politikern nicht belangt werden können, wenn diese Äußerungen im Rahmen eines literarischen Werkes geschehen. Das hat seine guten Gründe, aber eben doch auch problematische Seiten und sei am Beispiel des Romans *Ein weites Feld* von Günter Grass zu erläutern. Dieser Roman ist 1995 erschienen und stellt eine Generalabrechnung mit der Wiedervereinigungspolitik des damaligen Bundeskanzlers Kohl dar. Hierzu gehört auch die kritische Beleuchtung der Tätigkeit der Treuhand-Gesellschaft zur Privatisierung der ehemaligen Staatsbetriebe und ihres Chefs Carsten Detlev Rowedder, der am 1. April 1991 von der RAF ermordet wurde. Im *Weiten Feld* wird er als nun der „Pappkamerad“ des Kanzlers bezeichnet, über den dann gesagt wird, er sei nur „verächtlich“. Die Bezeichnung „Pappkamerad“ für den Treuhandchef ist – vor dem Hintergrund seiner Ermordung – schon makaber genug; aber nicht genug damit, wird gleich im Anschluss über den angeblich nur „verächtlichen“ Kanzler gesagt: „Seinesgleichen war nie zu treffen, was schrecklich genug ist.“

„Pappkamerad“ für jemanden, der selbst „nie zu treffen war, was schrecklich genug ist“: Der Satz ist, zumal er im Kontext eines voluminösen Romans steht, natürlich vieldeutig und lässt unterschiedlich scharfe Auslegungen zu. Aber allemal klingt er prekär, und es wäre dem damaligen Kanzler nicht zu verargen gewesen, wenn er gesagt hätte, dieser Satz stelle sein Leben zur Disposition und verlange deswegen das Eingreifen des Staatsanwaltes.

Der Kanzler Kohl hat indessen nicht an den Staatsanwalt appelliert; es hätte auch wenig Sinn gehabt: Als Teil eines Kunstwerks steht auch ein solcher Satz unter dem Schutz des Artikels 5 Absatz 3 des Grundgesetzes, der in lapidarer Simplizität feststellt, dass die Kunst frei ist – einschränkungslos frei und folglich auch

nicht sanktionsfähig, auch nicht nachträglich mit Strafen oder Verboten zu belegen.

Freiheit des Diskurses

Nun könnte man versucht sein, darin ein Manko des Grundgesetzes zu sehen. Aber das wäre wohl verkehrt und würde die Weisheit der Autoren des Grundgesetzes verkennen. Diese waren aufgrund ihrer Erfahrungen in der Weimarer Republik gewiss in der Lage, dergleichen vor auszusehen. Dass sie die Kunst dennoch jeder strafrechtlichen Sanktionierung entzogen, muss zu denken geben. Offensichtlich waren die Autoren des Grundgesetzes der Meinung, dass es *ein* Medium (die Kunst, die Literatur) oder *einen* Diskurs (den künstlerischen, den literarischen) geben müsse, in welchem im Bewusstsein der prinzipiellen Distanz zwischen Kunst und Leben alles, aber auch gar alles gesagt werden dürfe, was eines Menschen Herz bewegt (sogar der Wunsch, jemanden umbringen zu dürfen) – und die Sanktion nicht strafrechtlicher, sondern nur moralischer Art sein dürfe. Die Wertung, Beurteilung, Verurteilung und praktische Sanktionierung obliegt in diesem Fall nicht der Justiz, sondern der kritischen Öffentlichkeit. In dem eben genannten Fall hat sie nicht reagiert; es ging kein Aufschrei durch die Literaturkritik, nicht einmal ein leichtes kritisches Tuscheln wie – immerhin – im vergangenen Jahr anlässlich des letzten Stückes von Rolf Hochhuth, in dem ebenfalls mit Mordfantasien gearbeitet wird (*McKinsey kommt*). Ob das Schweigen der literarischen Öffentlichkeit im Fall des *Weiten Feldes* als Versagen zu betrachten ist, sei dahingestellt. In jedem Fall aber ist deutlich, dass hinsichtlich der Freiheit der wechselseitigen Beurteilung von Politikern und Schriftstellern eine starke Asymmetrie herrscht.

Zu Recht stellt Graf Kielmannsegg im Anschluss an die vorhin zitierten Beob-

achtungen fest, dass es in der Bundesrepublik einen „konstruktiven Dialog“ zwischen Politik und Literatur nie gegeben habe. Die Verantwortung dafür sieht er auf beiden Seiten: Den Politikern habe es an Verständnis für manche berechtigten Forderungen der Literatur (etwa in der Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit) und prinzipiell an „gelassener Liberalität“ gefehlt; den Schriftstellern attestierte Graf Kielmannsegg Blindheit für den positiven Neuanfang, der mit der Gründung der Bundesrepublik und mit ihrer Integration in den Westen gewonnen war, aber auch „Schwierigkeiten mit dem Erlernen von Demokratie“.

Zwei weitere, einander potenzierende Faktoren kommen hinzu. Das eine ist die schon erwähnte, aus der Erfahrung des Dritten Reichs resultierende Verpflichtung der Literatur auf Widerstand; sie machte gleichsam überwachen und führte zu einer Verzerrung der Wahrnehmung.

Der andere Faktor, der hier in Rechnung zu stellen ist, liegt in der Tradition der bürgerlichen Literatur. Die bürgerliche Literatur ist ein Produkt des Zeitalters der Aufklärung. Dieses aber, das Zeitalter der Aufklärung, war das Zeitalter der Kritik, vor deren Richterstuhl sich nun zitieren lassen musste, was Bestand haben und Geltung behalten wollte. Dementsprechend redete – und redet – bürgerliche Literatur prinzipiell kritisch. Panegyrik ist ihr fremd; im Loben tut sie sich schwer, wird sie sich selbst verdächtig. Ihr eigentliches Element ist die Kritik, also jene Denkungsart, der das Bürgertum seinen Aufstieg und seinen Erfolg verdankt. Auch aus diesem langfristig wirksamen Grund wird die bürgerliche Literatur auch in Zukunft eher staatskritisch bleiben als staatstragend werden. Schätzenswert ist der Literatur die Republik in dem Maß, in dem sie sich der Kritik stellt – und das könnte allerdings auch staatstragend wirken. Wer weiß, wie diese

Republik aussähe, wenn es die kritische Literatur nicht gegeben hätte!

Würdigung und Lob

So wird in dem 1984 erschienenen Roman *Der junge Mann* von Botho Strauß mit einem religiös-theologischen und heilsgeschichtlich bedeutsamen Begriff das „Plethora“ der bundesrepublikanischen Gesellschaft und Kultur gerühmt (11): „[...] die Fülle des Wissens und Empfindens, der Begegnungen und der Lebensformen, der Pakte und der Unterschiede, wie [...] sie in einem politisch freien Gemeinwesen, in einer am Ende doch glücklichen Periode deutscher Geschichte vor[zu]finde[n] und mit[zu]erlebe[n]“ war.

Weniger emphatisch und leichter fassbar hat dies einige Jahre später auch einer der Haupt- und Erzkritiker der frühen Bundesrepublik, Hans Magnus Enzensberger, gesagt. In Enzensbergers Essay *Mittelmaß und Wahn* von 1988 heißt es:

„Die Rede von der Restauration, ein in den fünfziger Jahren beliebter Topos, beruhte, wie wir heute wissen, auf einer Augentäuschung. [...] Als in den sechziger Jahren die Gerüste [der Wiederaufbauzeit] fielen, war eine völlige Neukonstruktion zu besichtigen.“ Und deren weitere Realisierung, die sozial nivelierte und kulturell mediatisierte (von Extremen befreite) Bundesrepublik der achtziger Jahre, findet höchste Anerkennung: „Was ist das Ergebnis dieser sozialen und kulturellen Mediatisierung?

Nicht der beschriebene oder ersehnte Einheitsbrei, sondern ein Gemeinwesen von seltener Buntscheckigkeit. Das Mittelmaß, das in dieser Republik herrscht, zeichnet sich durch ein Maximum an Variation und Differenzierung aus. Subjektiv erscheint diese bewegliche Mischung als ein Zuwachs an Freiheitsgraden, Chancen, Wahlmöglichkeiten. Diese Auffassung der allermeisten kann sich auf den Vergleich mit früheren Gesellschaftszuständen berufen. Nostalgische Beschwörungen vergangener Lebenswelten wirken dagegen hinfällig, wenn nicht zynisch, ganz gleich, ob es sich um die Verklärung altbürgerlicher Milieus handelt oder um die wehmütige Erinnerung an die proletarische Kultur.“

Möglicherweise markiert dieses überraschende Lob der Bundesrepublik eine Tendenzwende, aber sicher ist dies nicht: Die Einlassungen von Günter Grass und Heiner Müller zur Wiedervereinigung zeigen, dass die Zeit der Fundamentalkritik keineswegs vorbei war. Ob sie von der jüngeren Autorengeneration vollends verabschiedet oder aber erneuert wird, ist nicht vorherzusagen. Im Augenblick sieht es nicht nach einer Reprise aus. Die Literatur ist intimer geworden und interessiert sich wieder mehr für die *conditio humana* in ihren alltäglichen Brechungen als für die Politik. Aber die staatskritischen Motivationen sind, wie sogar aus der Pop-Literatur zu ersehen ist, nicht erloschen, und wer weiß, was die nächsten Jahre bringen.

Leidenschaft und Erkenntnis

„Der Streit, der jetzt in Kreisen der Literaturkritik ernsthaft geführt wird, wieviel Leidenschaft erlaubt ist und wieviel Erkenntnis nötig, das ist ein Streit, der in der deutschen Literatur seit einigen Jahren aufs einfachste gelöst worden ist. Denn seit viele deutsche Autoren die Theorie des Erzählens nicht mehr als Selbstzweck und unter Ausschluß möglichst vieler Leser betreiben, sondern den theoretischen Hintergrund als selbstverständliche Basis ihrer neuen Erzählfreude betrachten, seitdem ist die deutsche Gegenwartsliteratur nicht mehr unverkäuflich, sondern ein richtiger Publikumserfolg.“

Volker Weidemann am 3. April 2006 in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*.